

Offener Brief für Pressemitteilung

NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke plant am 02.11.2015 um 18:30 eine Groß-Demo mit Abschlusskundgebung in Hör- und Sichtweite der neu eingerichteten Erstaufnahme-Unterkunft für Flüchtlinge am Groß-Berliner-Damm.

Laut ausgeteilter Flyer der NPD findet diese Demonstration unter dem Motto „Das Boot ist voll – Asylbetrüger abschieben“ statt.

Diese Botschaft soll an die erst kürzlich dort untergebrachten über 500 asylsuchenden Menschen, von denen etwa 300 unter 16 Jahre alt sind, gerichtet werden. Flüchtlinge, die aus Syrien, dem Irak und Afghanistan unter untragbaren Umständen vor Krieg und Tod geflüchtet sind.

Darf so eine aggressive und populistische Nachricht an Menschen gerichtet werden, die auf der Grundlage der hier geltenden Rechte Asyl beantragen? Menschen, die aufgrund ihres hier erst kurzen Aufenthaltes und mangelnder Sprachkenntnisse vorerst absolut wehrlos sind gegenüber solchen Attacken; Menschen, die mit ihren Kindern zu uns nach Deutschland geflüchtet sind, um ihr Leben zu retten und sich hier sicher fühlen möchten.

In Anbetracht der über 500 in Deutschland registrierten Übergriffe auf Unterkünfte für Asylbewerber innerhalb von 10 Monaten im Jahr 2015 fragen wir: Sind denn diese geflüchteten Menschen bei uns noch sicher?

Wer steckt hinter diesen Gewaltübergriffen?

Es ist die Anhängerschaft von rechtsorientierten und anderen rassistischen Parteien und Organisationen. Organisationen, die in der Pegida, Bärigida (wie auch immer)-Bewegung usw. bundesweit verteilt sind und ihre Hassbotschaften verbreiten! Es sind Menschen, deren Einstellungen und Taten auch durch die Menschenverachtung und Hassbotschaften der NPD befeuert werden.

Mit der voraussichtlichen Route der NPD-Demonstration, mit einer menschenverachtenden Botschaft, wird diesen Personen eine Plattform VOR einer Unterkunft für Asylsuchende gegeben?

Mit der Genehmigung einer Demonstration der NPD, die unter solch einem rassistischen Motto antritt, will die BRD schutzbedürftige Menschen, welche laut Grundgesetzbuch das Recht auf Asyl und Schutz zu genießen haben, schützen?

Ist nach einschlägigen Erfahrungen, auch aus Pressemitteilungen der Polizei, zu erwarten, dass Menschen, die solch einem gestellten Motto hinterherlaufen, friedliche Absichten verfolgen?

Worauf warten wir?

Auf weitere Brandanschläge?

Auf weiteren Vandalismus aus der rechtsextremen Szene?

Wir wollen nochmal betonen, dass mindestens die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses traumatisierte Mütter mit Babys, Kindern, Teenagern und Jugendliche sind. Und viele Väter, die mitunter ihre Familie unterwegs verloren haben

oder in ihrer vom Krieg zerstörten Heimat lassen mussten. Es sind Menschen ohne Stigma und sie brauchen unsere Unterstützung und keine blinden und hasserfüllten Botschaften.

Die bisherige Entscheidung der Abschnitsleitung, die von der NPD geplante Route mit Abschlusskundgebung vor der Unterkunft zu genehmigen, ist schon aufgrund des vorgegebenen Mottos der NPD skandalös!

Tina Böhm, Sprecherin der Initiative „Uffmucken“ erklärte dazu: "Für uns ist das ein riesen Skandal". Dem schließen wir uns als „Johannisthal hilft“ an.

Im Grundgesetz ist verankert, dass die Bürgerinnen und Bürger der BRD ein Recht auf freie Meinungsäußerung haben, auch das Recht, ihre Meinung auf der Straße, also öffentlich kundzutun.

Unter der Prämisse, dass diese Freiheit nicht die Freiheit des anderen beschränken darf.

Darf dies soweit gehen, dass eine "Meinung", welche unter dem Banner Provokation und Eskalation steht, mit einem nicht kalkulierbaren Risiko für die Gesundheit von asylsuchenden und geflüchteten Menschen einhergeht?

Ist es unsere "Willkommenskultur", bei uns schutzsuchende Menschen mittels solcher Aktionen einzuschüchtern, ihnen Angst einzujagen, sie weiter zu traumatisieren?

Der geplante NPD-Aufmarsch bedeutet eine akute Bedrohung der Anwohner_innen der Erstaufnahmeeinrichtung und der dort arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CJD und auch der vielen ehrenamtlichen Helfer, die sich während des NPD Aufmarsches in der Unterkunft befinden werden.

WAS WOLLEN WIR ?

Wir fordern eine veränderte Route des NPD-Aufmarsches. Die Abschlusskundgebung darf NICHT vor der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge mit stattfinden!

Dieser offene Brief richtet sich an die Polizeidirektion 6 und an alle Menschen, die hinter unserer Forderung auf Routenänderung der NPD Demo am 2.11.2015 stehen. Wir wollen Deeskalationsmaßnahmen, welche nicht bedeuten können, dass ein NPD-Aufmarsch in Hör-und Sichtweite genehmigt wird.

Wir wollen das Grundrecht auf Frieden für jeden Menschen in diesem Land verteidigen und bewahren! Wer diesen offenen Brief unterstützen möchte, schreibt uns eine Mail unter info@johannisthal-hilft.de

Initiative „Johannisthal hilft“